

Vergleich der Positionen der wichtigsten Kandidaten des linken Spektrums

Anne Hidalgo, Yannick Jadot, Jean Luc Mélenchon, Fabien Roussel, Christiane Taubira

(21. März 2022 – für Kurzportraits der Kandidaten s. <https://dfi.de/kurzportraits-linkes-spektrum>)

- Kompromissfindung erscheint möglich, ● Kompromissfindung erscheint kaum möglich,
- zwei jeweils ähnliche Forderungen, die im Gegensatz zu zwei ebenfalls ähnlichen Forderungen stehen

Anmerkung: Ein detailliertes Programm von Christiane Taubira lag am 16. Feb. 2022 noch nicht vor, am 2. März 2022 hat sie ihre Kandidatur wegen fehlender Unterstützungsunterschriften (s. <https://dfi.de/Patenschaften>) zurückgezogen

Anne Hidalgo	Yannick Jadot	Jean Luc Mélenchon	Fabien Roussel	Christiane Taubira
Europa / Außenpolitik				
	<ul style="list-style-type: none"> Für ein föderalistisches Europa 	<ul style="list-style-type: none"> In Absprache mit den europäischen Partnern die bestehenden EU-Verträge kündigen, Neulegung unter besonderer Berücksichtigung von umwelt- und sozialpolitischen Fragen 	<ul style="list-style-type: none"> In Absprache mit den europäischen Partnern sollen die bestehenden Verträge aufgehoben werden und die EU als Gemeinschaft souveräner Staaten neu entstehen 	
<ul style="list-style-type: none"> Aufgabe des Stabilitätspakts zugunsten von Kriterien, die der wirtschaftlichen Situation der einzelnen EU-Mitglieder entsprechen und Investitionen fördern 	<ul style="list-style-type: none"> Aufgabe des Stabilitätspakts zugunsten von Kriterien, die den ökologischen Herausforderungen entsprechen 	<ul style="list-style-type: none"> Verpflichtungen aus EU-Verträgen werden bei der Umsetzung von angekündigten Maßnahmen nicht berücksichtigt 	<ul style="list-style-type: none"> Aufgabe des Stabilitätspakts zugunsten eines Pakts für das Klima 	
<ul style="list-style-type: none"> EU soll Eigenmittel u.a. über eine Besteuerung von Finanztransaktionen und der großen Digitalunternehmen einnehmen 	<ul style="list-style-type: none"> EU-Budget soll auf 1 % des Bruttonationaleinkommens aller Mitgliedsstaaten angehoben werden Einnahmen aus einer Besteuerung von Finanztransaktionen sollen in das EU-Budget einfließen 	<ul style="list-style-type: none"> Status der europäischen Zentralbank wird modifiziert, EU-Mitgliedsstaaten erhalten Unabhängigkeit bei der Ausgestaltung ihres Budgets zurück 	<ul style="list-style-type: none"> Die europäische Zentralbank wird unter Kontrolle der Mitgliedsstaaten der Währungsunion gestellt 	
		<ul style="list-style-type: none"> Austritt aus der NATO, die UNO soll als einzige internationale Organisation für globale Sicherheit sorgen 	<ul style="list-style-type: none"> Austritt aus der NATO und Forderung, sie aufzulösen 	
Einwanderungs- und Flüchtlingspolitik				
	<ul style="list-style-type: none"> Einwanderung soll nicht als eine Frage der Sicherheit gesehen werden und einem neugeschaffenen Solidaritätsministerium zugeordnet werden 	<ul style="list-style-type: none"> Ursachen für Migration wie Klimaveränderungen, wirtschaftliche Benachteiligung oder Krieg verstärkt vor Ort bekämpfen 		
<ul style="list-style-type: none"> Grundlegende Reform des Dubliner Übereinkommens Effiziente und menschenwürdige Bedingungen für die Aufnahme von Flüchtlingen schaffen 	<ul style="list-style-type: none"> Grundrechte von Einwanderern werden garantiert, ihre menschenwürdige Unterbringung und ihr Zugang zum Gesundheitssystem gesichert 	<ul style="list-style-type: none"> Dubliner Übereinkommen wird ausgesetzt Ausbau von Unterkünften für Flüchtlinge, Garantie, jeden Asylantrag gründlich zu prüfen 	<ul style="list-style-type: none"> Kündigung des Dubliner Übereinkommens Höhere Ausgaben für eine menschenwürdige Aufnahme von Flüchtlingen 	
<ul style="list-style-type: none"> Asylbewerber sollen gleich nach Antragsstellung eine Arbeitserlaubnis erhalten, für alle Zuwanderer sollen kostenfreie Französischkurse angeboten werden 	<ul style="list-style-type: none"> Berufstätige, Studierende und Eltern schulpflichtiger Kinder ohne Aufenthaltsgenehmigung erhalten eine Aufenthaltserlaubnis 		<ul style="list-style-type: none"> Berufstätige ohne Aufenthaltsgenehmigung erhalten eine Aufenthaltserlaubnis 	

Anne Hidalgo	Yannick Jadot	Jean Luc Mélenchon	Fabien Roussel	Christiane Taubira
Wirtschafts-, Steuer-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik				
<ul style="list-style-type: none"> Reindustrialisierung als Mittel zum ökologischen Wandel dank kürzerer Transportwege und höherer Umweltstandards 	<ul style="list-style-type: none"> Aufbau einer Industrie, die zum ökologischen Wandel beiträgt 	<ul style="list-style-type: none"> Investitionsplan über 200 Mrd. € zur Finanzierung ökologisch und sozial sinnvoller Projekte 	<ul style="list-style-type: none"> Gesetz zur Neuindustrialisierung, das die staatlichen Möglichkeiten in diesem Bereich stark erweitert 	
<ul style="list-style-type: none"> Waren, die unter Missachtung von EU-Umweltstandards produziert wurden, werden bei der Einfuhr in die EU mit einer Steuer belegt, die den darüber erzielten Preisvorteil ausgleicht 	<ul style="list-style-type: none"> Der Preis von Importware soll entsprechend des CO₂, das bei der Produktion freigesetzt wurde, erhöht werden, um die industrielle Produktion zu relokalisieren 			<ul style="list-style-type: none"> Verstärkte Unterstützung von Firmen, die die Produktion ihrer Produkte nach Frankreich zurückverlagern
<ul style="list-style-type: none"> Einführung einer Steuer auf große Vermögen zur Finanzierung des Klimaschutzes und der Bewahrung der Biodiversität (Ertrag: 5 Mrd. € (Hidalgo), 15 Mrd. € (Jadot) jährlich) 		<ul style="list-style-type: none"> Wiedereinführung der Vermögenssteuer bei besonderer Belastung für Verursacher von Klimaschäden 	<ul style="list-style-type: none"> Wiedereinführung und Verdreifachung der Vermögenssteuer 	<ul style="list-style-type: none"> Einführung einer Vermögenssteuer für Vermögen ab 10 Mio. €
<ul style="list-style-type: none"> Reduzierter Mehrwertsteuersatz für umweltfreundliche bzw. umweltfreundlich produzierte Lebensmittel und für Zugtickets Mehrwertsteuer auf Energie wird für Privathaushalte auf 5,5 % gesenkt, eine abrupte Erhöhung von Treibstoffpreisen durch staatliche Intervention verhindert 	<ul style="list-style-type: none"> Für Biolebensmittel wird keine Mehrwertsteuer erhoben, für öffentlichen Nah- und Fernverkehr wird sie auf 5,5 % gesenkt, für Transportformen mit hohem CO₂-Ausstoß auf 20 % erhöht Sechs Millionen Haushalte mit niedrigem Einkommen erhalten einen Energiekostenzuschuss in Höhe von 400 € 	<ul style="list-style-type: none"> Reduzierte Mehrwertsteuer auf Produkte des täglichen Bedarfs, erhöhte Mehrwertsteuer auf Luxusprodukte Alle Preiserhöhungen für Gas ab 2017 annullieren 	<ul style="list-style-type: none"> Mehrwertsteuer auf Energie wird für Privathaushalte auf 5,5 % gesenkt 	<ul style="list-style-type: none"> Für Biolebensmittel wird keine Mehrwertsteuer erhoben
<ul style="list-style-type: none"> Erhöhung des Mindestlohns um 15 % (200 € netto) 	<ul style="list-style-type: none"> Erhöhung des Mindestlohns um 25 % auf 1.500 € netto 	<ul style="list-style-type: none"> Erhöhung des Mindestlohns um 17 % auf 1.400 € netto 	<ul style="list-style-type: none"> Erhöhung des Mindestlohns um 25 % auf 1.500 € netto, der Gehälter des öffentlichen Diensts um 30 % 	<ul style="list-style-type: none"> Erhöhung des Mindestlohns um 17 % auf 1.400 € netto
	<ul style="list-style-type: none"> Verstaatlichung der Elektrizitätsgesellschaft Électricité de France um Energiepreisstabilität zu sichern und die Energiewende voranzubringen 	<ul style="list-style-type: none"> Verstaatlichung der Energieunternehmen Électricité de France und Engie, des Eisenbahnunternehmens SNCF, der Autobahnen und strategisch wichtiger Flughäfen 	<ul style="list-style-type: none"> Verstaatlichung großer Energieunternehmen, des Eisenbahnunternehmens SNCF, der France Telecom und der Post 	
<ul style="list-style-type: none"> Das frühestmögliche Renteneintrittsalter soll 62 bleiben Die Mindestrente wird von 1.000 € auf 1.200 € monatlich angehoben 	<ul style="list-style-type: none"> Das frühestmögliche Renteneintrittsalter soll für Menschen, die in sehr belastenden Berufen arbeiten, gesenkt werden 	<ul style="list-style-type: none"> Das frühestmögliche Renteneintrittsalter wird für diejenigen auf 60 gesenkt, die 40 Jahre lang Beiträge zur Rentenversicherung geleistet haben 	<ul style="list-style-type: none"> Das frühestmögliche Renteneintrittsalter wird auf 60 gesenkt, Menschen, die in sehr belastenden Berufen arbeiten, können schon früher in den Ruhestand treten Alle Rentner erhalten eine Rente, die 75 % ihres Nettoeinkommens entspricht 	<ul style="list-style-type: none"> Mindestrente in Höhe von 1.000 € für alle, mindestens in Höhe des Mindestlohns für all diejenigen, die nie arbeitslos waren

Anne Hidalgo	Yannick Jadot	Jean Luc Mélenchon	Fabien Roussel	Christiane Taubira
<ul style="list-style-type: none"> • Alle volljährigen Jugendlichen erhalten Anspruch auf ein Mindesteinkommen zur Existenzsicherung • Jeder 18jährige erhält 5.000 € um berufliche und private Vorhaben zu verwirklichen 	<ul style="list-style-type: none"> • Bürgereinkommen, das jedem Volljährigen 918 € monatlich garantiert 	<ul style="list-style-type: none"> • Garantierte Autonomie für junge Erwachsene (1.063 € monatlich und Anstellung im gemeinnützigen Bereich) 	<ul style="list-style-type: none"> • Unter 25jährige erhalten Anspruch auf ein Mindesteinkommen zur Existenzsicherung • Alle Studierenden erhalten 850 € monatlich 	<ul style="list-style-type: none"> • Garantierte Autonomie für junge Erwachsene (800 € monatlich für fünf Jahre nach Erlangung der Volljährigkeit) • Unter 25jährige erhalten Anspruch auf ein Mindesteinkommen zur Existenzsicherung
		<ul style="list-style-type: none"> • Vollbeschäftigung durch Stellenangebote für alle Langzeitarbeitslosen 		
		<ul style="list-style-type: none"> • Einführung eines Maximallohns, der 20mal so hoch sein darf wie der niedrigste, der in der jeweiligen Firma bezahlt wird 		
<ul style="list-style-type: none"> • Anspruch auf Reduzierung der Arbeitszeit für Angestellte 	<ul style="list-style-type: none"> • Reduzierung der Arbeitszeit (Mittelfristig auf 32-Stunden-Woche) 	<ul style="list-style-type: none"> • Sofortige Reduzierung der Arbeitszeit auf 35 Stunden pro Woche, mittelfristig auf 32 Stunden pro Woche) 	<ul style="list-style-type: none"> • Reduzierung der Arbeitszeit auf 32 Stunden pro-Woche bei vollem Lohnausgleich 	
Bildungs- und Gesundheitspolitik				
<ul style="list-style-type: none"> • Das Lehrergehalt soll dem von leitenden Angestellten angeglichen werden und v.a. für Berufsanfänger erhöht werden, mittelfristig soll es dem Durchschnitt anderer europäischer Länder entsprechen 	<ul style="list-style-type: none"> • Anhebung der Lehrergehälter auf den Durchschnitt der OECD-Länder, davon sollen v.a. Berufsanfänger und Lehrkräfte mittleren Alters profitieren 	<ul style="list-style-type: none"> • Erhöhung der Gehälter des Lehrpersonals um 30 % 		
	<ul style="list-style-type: none"> • Einstellung von 65.000 neuen Lehrkräften 	<ul style="list-style-type: none"> • Maximalzahl von Schülern in einer Klasse auf unter 19 festlegen 	<ul style="list-style-type: none"> • Einstellung von 90.000 neuen Lehrkräften 	
	<ul style="list-style-type: none"> • Die Gestaltung von Lehrplänen wird an eine unabhängige Expertenkommission übertragen 	<ul style="list-style-type: none"> • Die Schulpflicht soll bis zur Volljährigkeit gelten 	<ul style="list-style-type: none"> • Unterrichtszeit in Vorschulen soll auf 27 Stunden pro Woche verlängert werden, auf 32 in Grundschulen, dafür werden im Primarbereich neue Stellen geschaffen und das Bildungsbudget erhöht 	
<ul style="list-style-type: none"> • Pro Jahr sollen 15.000 Ärzte, 1.250 Hebammen und 25.000 Pflegekräfte ausgebildet werden 	<ul style="list-style-type: none"> • 16.000 Studienplätze im Fach Medizin • Erhöhung der Gehälter des Pflegepersonals um 10 %, Einstellung von 100.000 zusätzlichen Pflegekräften 		<ul style="list-style-type: none"> • Erhöhung der Gehälter des Pflegepersonals um 30 % • 12.000 Studienplätze im Fach Medizin • Einstellung von 100.000 zusätzlichen Pflegekräften 	<ul style="list-style-type: none"> • Entlohnung des Pflegepersonals entsprechend seines Engagements • Einstellung von 100.000 zusätzlichen Pflegekräften in den öffentlichen Krankenhäusern in den kommenden fünf Jahren
<ul style="list-style-type: none"> • Die Plattform <i>Parcoursup</i> zur Verteilung von Studienplätzen wird durch ein transparenteres Verfahren, das allen Abiturienten einen Studienplatz garantiert, ersetzt 		<ul style="list-style-type: none"> • Die Plattform <i>Parcoursup</i> wird abgeschafft, bei der Vergabe von Studienplätzen werden keine Selektionskriterien mehr angewandt 		<ul style="list-style-type: none"> •
<ul style="list-style-type: none"> • Die Verteilung von Schülern an Schulen wird neu organisiert, damit Kinder und Jugendliche unterschiedlicher sozialer Herkunft miteinander in Kontakt kommen. Auch Privatschulen werden dabei einbezogen 		<ul style="list-style-type: none"> • Die Reform des <i>Lycée</i> und des <i>Baccalauréat</i> wird zurückgenommen 		<ul style="list-style-type: none"> • Die Verteilung von Schülern an Schulen wird neu organisiert, damit Kinder und Jugendliche unterschiedlicher sozialer Herkunft miteinander in Kontakt kommen. Auch Privatschulen werden dabei einbezogen

Anne Hidalgo	Yannick Jadot	Jean Luc Mélenchon	Fabien Roussel	Christiane Taubira
Umwelt (Energieversorgung und Verkehr)				
<ul style="list-style-type: none"> • Der Ökozid wird als Straftat eingestuft 	<ul style="list-style-type: none"> • Der Ökozid wird als Straftat eingestuft 			<ul style="list-style-type: none"> • Der Ökozid wird als Straftat eingestuft
	<ul style="list-style-type: none"> • Verpflichtung zum Klimaschutz soll in die Verfassung aufgenommen werden 			
<ul style="list-style-type: none"> • CO₂-freie Energieproduktion sobald wie möglich, Nutzung der Atomenergie um den Übergang dazu zu sichern, kein Neubau von AKW 	<ul style="list-style-type: none"> • Mittelfristig Ausstieg aus der Atomenergie, Schließung von 10 Reaktoren bis 2035 	<ul style="list-style-type: none"> • Ausstieg aus der Atomenergie • Bis 2050 soll der Energiebedarf vollständig aus erneuerbaren Quellen gedeckt werden 	<ul style="list-style-type: none"> • Produktion von Atomstrom wird fortgesetzt, um eine CO₂-freie Energieproduktion zwischen 2040 und 2050 zu erreichen und Energiepreisstabilität zu garantieren 	
	<ul style="list-style-type: none"> • Wasserversorgung soll in alleiniger Hand der Gemeinden liegen 	<ul style="list-style-type: none"> • Wasserversorgung soll vollständig in öffentlicher Hand liegen 	<ul style="list-style-type: none"> • Wasserversorgung zur öffentlichen Dienstleistung machen 	
<ul style="list-style-type: none"> • Staat schießt die Kosten für die energetische Sanierung von Gebäuden vor, Höhe der Rückzahlungsraten abhängig vom Haushaltseinkommen 	<ul style="list-style-type: none"> • 10 Mrd. € pro Jahr zur energetischen Sanierung von Gebäuden 	<ul style="list-style-type: none"> • Energetische Sanierung von 700.000 Wohnungen pro Jahr 	<ul style="list-style-type: none"> • 10 Mrd. € pro Jahr zur energetischen Sanierung von Gebäuden 	<ul style="list-style-type: none"> • Maßnahmen zur energetischen Sanierung von Gebäuden werden verpflichtend und zu 80 % aus öffentlichen Mitteln finanziert
	<ul style="list-style-type: none"> • Plastik für den Einmalgebrauch ab 2030 verbieten, Pfandsystem für Flaschen und Gläser bis 2025 einrichten 	<ul style="list-style-type: none"> • Plastik für den Einmalgebrauch verbieten, Pfandsystem für Glasbehälter aufbauen 		
<ul style="list-style-type: none"> • Verdopplung des Güterverkehrs auf der Schiene bis 2030 	<ul style="list-style-type: none"> • Verdopplung des Güterverkehrs auf der Schiene 			
<ul style="list-style-type: none"> • Zusatzsteuer auf Flugtickets, wenn zum gleichen Ziel eine vergleichbare Zugverbindung besteht 	<ul style="list-style-type: none"> • Verbot von Flügen zu Zielen, die mit dem Zug in vier Stunden erreicht werden können 	<ul style="list-style-type: none"> • Verbot von Flügen zu Zielen, die mit dem Zug in vier Stunden erreicht werden können 		<ul style="list-style-type: none"> • Verdoppelung der Öko-Boni für klimaschonende Fahrzeuge
	<ul style="list-style-type: none"> • Ab 2030 dürfen keine Neuwagen mit Verbrennungsmotor verkauft werden • Allen 16- bis 25jährigen wird auf Wunsch kostenlos ein Fahrrad zur Verfügung gestellt 		<ul style="list-style-type: none"> • Kostenloser Öffentlicher Nahverkehr in Ballungsräumen, Finanzierung über Sonderabgaben von Großunternehmen 	
	<ul style="list-style-type: none"> • Ab 2025 soll der Flächenverbrauch durch Versiegelung eingestellt werden 			